



Projektland: Ägypten

Quartal/Jahr: Januar - März 2011

Schlagzeilen:

- **Ägyptens Revolution ist noch nicht vorbei – das kleine Pflänzchen „Demokratie“ muss noch geschützt werden**
- **Erste freie Wahlen nach 30 Jahren Mubarak-Herrschaft**
- **Ein neues Parteiengesetz**
- **Wird der Konflikt zwischen Muslimen und Kopten weiter bestehen?**

Ägyptens Revolution ist noch nicht vorbei – das kleine Pflänzchen „Demokratie“ muss noch geschützt werden.

Ägypten hat sich von seiner Diktatur befreit und mit dem Rücktritt von Präsident Mubarak und der Auflösung des Parlaments regiert seit dem 11. Februar 2011 der Militärrat, der Oberste Heeresrat, der noch von Mubarak benannt wurde.

Da Mubarak die Staatsgeschäfte nicht an seinen von ihm benannten Vizepräsident Omar Soliman übertragen hat, was nach der Verfassung vorgeschrieben gewesen wäre, ist die bisher gültige Verfassung rechtlich gesehen außer Kraft.

Die noch unter Mubarak eingesetzte Regierung wurde nach heftigen Protesten der Aktivisten entlassen. Als Premierminister wurde Essam Sharaf, ein Professor der Universität Kairo, benannt und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Essam Sharaf ist auch bei den Demonstranten des 25. Januar geachtet, da er sich gleich zu Beginn des Aufstandes der Demonstrationbewegung am Tahrir Platz angeschlossen hat. Er war unter der Regierung Mubarak schon kurz Verkehrsminister, legte das Amt aber bald wegen der vorgefundenen Missstände im Ministerium nieder und kehrte an die Universität zurück. Die von ihm gebildete Regierung soll nun – noch im Auftrag des hohen Militärrats - neben den anstehenden Amtsgeschäften, die im September stattfindenden Parlamentswahlen vorbereiten.

Doch ist nun Sicherheit in Ägypten eingekehrt? Wird der Militärrat seine Macht nach sechs Monaten abgeben? Wie stellen sich die Mubarak-Getreuen neu auf? Was macht die Muslim Bruderschaft, die sich nun der früheren Staatspartei NDP annähert, welche die Muslimbrüder in der Regierungszeit von Mubarak noch massiv bekämpft hat?

In Kairos Straßen scheint wieder Normalität eingekehrt zu sein: der Verkehr ist noch chaotischer als in der Zeit, als die Polizei ihn regelte, die Banken sind geöffnet und an der Börse wird wieder mit ägyptischen Aktien gehandelt.

„Business as usual?“ - Sicher nicht!

Der Tourismus ist eingebrochen und die Wirtschaft kommt nur langsam wieder in Fahrt. Nach Plünderungen und kriminellen Überfällen direkt nach der Freilassung von Gefangenen und den Massenausbrüchen aus zahlreichen Gefängnissen (organisiert von Anhängern des alten Regimes, um Chaos und Angst zu schüren) verbessert sich die Sicherheitslage zwar täglich, dennoch ist die Bevölkerung sehr besorgt und meidet nachts die Straßen in den Außenbezirken großer Städte. Eine nächtliche Ausgangssperre ist weiterhin in Kraft, auch wenn sie in der Innenstadt kaum beachtet wird.

Noch ist unklar, ob der Übergangsprozess hin zu einer Demokratie auch erfolgreich sein wird, es wird sogar immer offener von einer Konterrevolution gesprochen. Es ist offen, in welche Richtung sich das Land entwickeln wird. Die Demonstranten des Tahrir Platzes haben Angst, dass die Umsetzung ihre Vorstellungen zur Zukunft Ägyptens vom Militärrat „auf die lange Bank“ geschoben wird, da das Regime in seiner inneren Struktur noch weitestgehend unbeschadet besteht und seine Privilegien – und auch die des Militärs – erhalten will (das Militär hat seit Mubarak ein weit verzweigtes eigenes Wirtschaftsimperium aufgebaut, das sich einer Kontrolle durch das Parlament bisher entzogen hat). Anstehende demokratische Reformen bleiben aus. Die entscheidende Frage ist: Wird das Militär die Macht - wie versprochen – an zivile und demokratisch legitimierte Institutionen abgeben?

Die Protestbewegung bleibt misstrauisch und befürchtet, dass die angekündigten Reformen sich hinziehen, dass man Zeit gewinnen will, um die Oppositionsbewegung zu spalten. Schon heute hört man auf der Straße Leute sagen, man solle doch nun Ruhe geben und sich wieder auf die Arbeit konzentrieren – es sei doch vor der Revolution nicht alles so schlecht gewesen, wie es die jungen Leute darstellen.

Auch das jüngste Dekret des Militärrats, dass Rädelführer von spontanen Demonstrationen zu bis zu einem Jahr Haft oder / und 50 000,- EGP (ca. 6.000 EUR) Strafe verurteilt werden können, gibt Anlass zur Sorge.

Derzeit ist Ägypten wie ein Gebäude, dem man die Fassade abgenommen hat, dessen innere Struktur mit der bestehenden Statik aber für die „Renovierung“ erhalten werden soll.

Erste freie Wahlen nach 30 Jahren Mubarak-Herrschaft



Wählerschlange auf Zamalek



Ausgabe des Stimmzettels

Ägyptens Militärrat hat am 19. März 2011 eine Verfassungsänderung zur Abstimmung gestellt. Etwas mehr als einen Monat nach dem Sturz von Präsident Mubarak waren ca. 45 Millionen Ägypter aufgefordert, per Volksentscheid über ein Paket von elf Verfassungsänderungen abzustimmen, welche ein vom Militärrat eingesetzter Expertenrat innerhalb von nur zehn Tagen ausgearbeitet hat.

Bevor es zu einer vollständigen Neufassung einer demokratisch ausgerichteten Verfassung kommt, sollten zunächst die Passagen, die am häufigsten Anlass zum Machtmissbrauch

boten, geändert oder entfernt werden. So soll die Amtszeit eines künftigen Präsidenten von sechs auf vier Jahre begrenzt werden, nach maximal zwei Amtsperioden kann er nicht mehr gewählt werden. Das Gesetz, das den Ausnahmezustand regelt, muss, bei Zustimmung zur Verfassungsänderung, vom Parlament beschlossen werden, der Ausnahmezustand darf dann höchstens sechs Monate andauern. Unter Mubarak herrschte der Ausnahmezustand seit seiner Machtübernahme im Jahr 1981 und erlaubte ihm, gegen Regimekritiker hart vorzugehen. Im Übrigen ist das Ausnahmegesetz trotz Machtwechsel noch immer gültig, was die Aktivisten vom 25. Januar täglich anprangern.

Nach Jahren niedriger Wahlbeteiligung, die bei ca. 10% lag,- bei den Wählern handelte es sich überwiegend um NDP-Sympathisanten, welche mit Bussen zu den Wahllokalen gebracht wurden – war die Wahlbeteiligung bei dem Referendum vom 19. März überwältigend. Schon am frühen Morgen bildeten sich riesige Schlangen vor den Wahllokalen und in vielen Bezirken warteten die Leute oft über drei Stunden in der Sonne, um ihre Stimme abgeben zu können. Die meisten Wähler waren „Erstwähler“ – ob 20 Jahre oder 70 Jahre alt. Bei den vergangenen Wahlen gaben die meisten Ägypter ihre Stimme nicht ab, da das Ergebnis der Wahl aufgrund von Wahlfälschungen etc. meist schon vor der Stimmabgabe abzusehen war. Bei dieser Volksabstimmung lag die Wahlbeteiligung jedoch bei 41 Prozent. 77,2% stimmten für die Annahme der Verfassungsänderungen, 22,8% waren dagegen.

Vor der Wahl hatten die beiden größten und immer noch am besten organisierten politischen Kräfte – die ehemalige Staatspartei NDP und die Muslimische Bruderschaft- zur Annahme der Verfassungsänderung aufgerufen. Viele Juristen, Menschenrechtler, die Aktivisten vom Tahrir Platz wie auch die beiden schon selbsternannten Präsidentschaftskandidaten Amr Mussa und Mohammed El Baradei haben dagegen die Bevölkerung zu einer Ablehnung aufgefordert, da das vorgelegte Referendum ein Stückwerk sei und man stattdessen in einer vorgeschlagenen Übergangszeit von einem Jahr eine komplett neue Verfassung schreiben sollte.

Die Befürworter des Referendums hoffen nun auf schnelle Parlaments- und Präsidentenwahlen, denn ihre Parteien sind straff organisiert und können sofort mit dem Wahlkampf beginnen, während die neue Opposition sich erst noch formieren und eine Parteistruktur im ganzen Land aufbauen muss. Die Muslim Bruderschaft wie auch die Koalition aus Islamisten und alten Mubarak Anhängern erhoffen sich bei baldigen Wahlen einen hohen Anteil an Parlamentssitzen, da die neue 100-köpfige verfassungsgebende Versammlung, die zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingesetzt werden soll, zur Hälfte mit Parlamentsmitgliedern besetzt werden muss. Sie hätten somit dort großen Einfluss und der Weg zu einer rein säkularen Verfassung wäre schwierig.

Dass es auf dem Weg zu demokratischen und freien Wahlen noch einiger Übung bedarf, zeigte sich an manchen Stellen bei der Durchführung des Referendums. So war – sicherlich zum Teil von den Islamisten vorgegeben – der Kreis für die Ja-Stimme grün, während man für die Nein-Stimme einen schwarzen Kreis wählte (grün ist die Farbe des Propheten und im Erläuterungstext zur Wahl wurde der Passus „Zustimmung“ in grün verfasst). Auch war der Weg von der Registrierung bis zur Stimmabgabe sehr diffus und es wäre ein Leichtes gewesen, mehrere Stimmzettel in die Wahlbox zu stecken. Hierbei handelt es sich ausdrücklich um die persönlichen Beobachtungen des Autors, die sich auf den Besuch von zwei Wahllokalen beschränken. Dass es bei der erstmaligen Durchführung von freien Wahlen mit vielen freiwilligen Wahlhelfern ein paar Fragezeichen gibt, ist normal und darf nicht als Kritik an ein paar wenigen „Unregelmäßigkeiten“ verstanden werden. Insgesamt ist die Wahl weitestgehend korrekt und fair abgelaufen und man muss dem ägyptischen Volk zu dieser ersten transparent durchgeführten Wahl gratulieren.

Wie notwendig es aber ist, das politische Bewusstsein bei vielen Ägyptern – jung und alt – zu wecken und zu schärfen, zeigte sich bei einer genaueren Betrachtung des Wahlergebnisses. Die meisten Wähler wussten nicht genau, worüber sie abstimmen. Man hat sich auf den Nachbarn verlassen – oder aber auf die Aussagen des Imam, der von der Kanzel seine „Wahlempfehlung“ ausgesprochen hat. Dies wird ganz gravierend deutlich, wenn man die Ergebnisse des ländlichen Raums mit denen der Stadtgouvernorate vergleicht:

Im Gouvernorat New Valley, dem flächenmäßig größten Gouvernorat Ägyptens, das zu 90% aus Wüste besteht, durchsetzt mit einzelnen Oasen und geprägt von einer sehr religiösen Bevölkerung, lag die Zustimmung zum Referendum bei 91%, ebenso im Gouvernorat Fayoum, dem ärmsten Gouvernorat Ägyptens.

Dagegen stellen sich die Ergebnisse aus den Städten Kairo und Alexandria anders dar, hier lag die Zustimmung zu der Verfassungsänderung bei 65% - das ist zwar immer noch eine Zustimmung, aber doch eine erheblich geringere. Es zeigt sich, dass das politische Bewusstsein in Stadtgebieten mit höherer Schulbildung ausgeprägter ist als auf dem Land – oder als in den informellen Siedlungen rund um Kairo und Alexandria, in denen Millionen, meistens unausgebildete, Arbeiter leben.

Ein neues Parteiengesetz

Ein neues Parteiengesetz, welches am 30. März 2011 vom Militärrat verabschiedet und veröffentlicht wurde, regelt die Zulassung von Parteien zu den anstehenden Wahlen. Um die Parlamentswahlen wie geplant im September 2011 durchführen zu können, waren diese Vorgaben dringend notwendig, um neuen Parteien noch die Chance zu geben, sich für die anstehenden Wahlen zu organisieren und sich landesweit aufzustellen.

Das Gesetz schreibt vor:

- Das Parteiprogramm darf weder religiös noch ethnisch oder geographisch bestimmt oder diskriminierend verfasst sein
- Die Parteien dürfen keinen militärischen oder paramilitärischen Flügeln oder Gruppierungen angehören
- Die Parteien müssen zur Zulassung einen schriftlichen Antrag an ein benanntes Komitee stellen, welches aus Juristen (meist Verfassungsjuristen) besteht
- Der Antrag muss von 5.000 Mitgliedern unterzeichnet sein, wovon mindestens 300 Unterzeichner (Mitglieder) aus jeweils zehn verschiedenen Gouvernoraten stammen müssen
- Parteien, welche den Antrag zur Zulassung beim zuständigen juristischen Komitee gestellt haben, gelten nach 30 Tagen nach der Vorlage des Papiers automatisch als zugelassen, wenn keine Einwände erhoben werden
- Parteien dürfen keine Gelder aus dem Ausland zur Finanzierung ihres Parteiprogramms oder eines Wahlkampfs annehmen

Dieses neue Gesetz wurde nach der Bekanntgabe von den vielen politisch aktiven Parteien und Persönlichkeiten im politischen Leben unterschiedlich bewertet.

Während die Muslimische Bruderschaft und ihre Anhänger das Gesetz begrüßten, hat sich die ihnen nahe stehende Jama 'a al-Islamiya kritisch dazu geäußert, dass die Parteien keinen religiösen Hintergrund bzw. keine religiöse Ausrichtung haben dürfen.

Die Muslim Bruderschaft hat sofort angekündigt, dass sie umgehend den Antrag auf Zulassung ihrer Partei stellen werde. „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“, so soll sie heißen.

Repräsentanten der Jugendbewegung „25. Januar“ haben zu dem Parteiengesetz keine grundsätzlichen Bedenken, sehen aber die Zeit zwischen der Zulassung einer neuen Partei

und der für September angesetzten Parlamentswahl als zu kurz an, um wirklich faire Wahlen stattfinden zu lassen. Alle jungen und neuen Parteien haben kaum Zeit, sich für eine Parlamentswahl vorzubereiten, sich zu organisieren, Mitglieder zu gewinnen und im ganzen Land Parteibüros zu eröffnen, um einen Wahlkampf zu führen. Denn dazu reicht ihnen – im Gegensatz zu der Muslimischen Bruderschaft oder der NDP, die schon seit Jahren im ganzen Land vernetzt sind - die Zeit einfach nicht aus.

Wird der Konflikt zwischen Muslimen und Kopten weiter bestehen?

Am 29.03.2011 hat die muslimisch-orthodoxe Salafi-Bewegung per Handzettel die Bevölkerung aufgefordert, Frauen, die kein Kopftuch tragen, durch Schläge zu betrafen. In zahlreichen Flyern wurde auch davor gewarnt, die Zukunft Ägyptens in einem nicht islamischen Staat zu sehen – die Sharia und der Koran müssten das Fundament einer neuen Verfassung sein.

„*Mehr Demokratie erlaubt dem Volk sich selbst zu regieren – selbst wenn es die Gesetze Gottes verletzt*“, heißt es in einem anderen Flugblatt, das die Leute dazu auffordert, der Salafi-Bewegung beizutreten, um dies zu verhindern.

„*Wir Christen haben Angst vor den Brüdern*“, antwortete der Rechtsprofessor und Vorsitzende der Union ägyptischer Menschenrechtsgruppen (Euhro), Naquib Gobrael, in einem Interview mit dem Tagesspiegel am 11.02.2011 auf die Frage, wie er die Rolle der Muslimbrüder beurteile.

Vor Wochen zogen Christen und Muslime noch gemeinsam auf den Tahrir-Platz, um Präsident Mubarak zu stürzen. Man feierte die Revolution als einen Erfolg des Volkes, als einen gemeinsamen Erfolg von Christen und Muslimen. Doch nach einer gewissen „Einkehr des Alltags“ scheint der alte Konflikt wieder aufzubrechen; scheint die Allianz mit dem Geist des 25. Januar wieder brüchig zu werden. Anfang März kam es in dem vorwiegend von Kopten besiedelten Gebiet unterhalb des Mokattam in Kairo zu Auseinandersetzungen zwischen Kopten und Muslimen, bei denen elf Menschen ums Leben kamen – sechs koptische Christen und fünf Muslime. Ausgangspunkt war ein Brandanschlag auf eine Kirche im Süden Ägyptens. Stundenlang haben sich tausende Muslime und Kopten brutal mit Waffen, Prügeln und Messern bekämpft, bevor das Militär eingegriffen hat und wieder Ordnung herstellen konnte. Alle elf Getöteten wiesen Schusswunden auf, ein Hinweis darauf, dass mit den Plünderungen der Polizeistationen während der Revolution viele Waffen in Umlauf gekommen sind.

Zwar haben der koptische Papst und der höchste Würdenträger der Al-Azhar Moschee sofort zur Ruhe aufgerufen und sich gegenseitig Respekt bei der Achtung der Religionsfreiheit gezollt, aber der Konflikt schwelt in allen Gesellschaftsschichten weiter. Die ägyptischen Kopten, die ca. 10% der ägyptischen Bevölkerung ausmachen, sehen sich auch nach der Revolution im Alltag Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Es kann aber durchaus auch davon ausgegangen werden, dass Mubarak-Getreue den Konflikt immer wieder anzetteln, um so innerhalb der Bevölkerung Unruhe zu stiften. Hinweise, dass Mubaraks „Stasi“ den Auftrag zu dem Terroranschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria, bei dem in der Neujahrsnacht 23 Menschen getötet wurden, gegeben hat, schüren die Angst der Kopten vor einer Machtübernahme durch die Muslim Bruderschaft und extreme Muslime wie die Salafisten.

Wirtschaftsdaten aus Ägypten

„Geld und Macht: Finanzsektorreformen und politische Bedeutungszunahme der Unternehmer- und Finanzelite in Ägypten“, heißt das Buch von Stephan Roll, das er im Rahmen eines Praktikums bei der HSS-Kairo als Dissertation geschrieben hat und welches nun veröffentlicht wurde. Für jeden, der sich in die Interna des ägyptischen Wirtschafts- und Finanzwesens einlesen möchte, ist diese Veröffentlichung zu empfehlen. Der Autor zeigt die Verstrickungen der Regierung, der Staatspartei NDP und der Familie Mubarak in das Finanz- und Wirtschaftswesen in Ägypten im Vorfeld der Revolution und deren korrupten Strukturen auf. Heute sitzen alle in seiner Arbeit aufgeführten „player“ entweder im Gefängnis oder stehen unter Hausarrest.

Ägyptens Wirtschaft hofft nun auf einen Neuanfang. Nach Unruhen, Streiks und Gewalt bewegt sich Ägypten wieder in eine neue „Normalität“. Die Börse, die über sechs Wochen geschlossen war, ist seit dem 23.03.2011 wieder geöffnet und der erwartete Zusammenbruch der Aktien blieb aus.

Nach ersten Schätzungen lagen die volkswirtschaftlichen Einbußen während der Unruhen bei ca. 300 Mio. US \$ pro Tag. War das Wirtschaftswachstum noch vor der Revolution auf 5 – 6 % prognostiziert worden, so spricht man nun für das Jahr 2011 von einer Wachstumsrate von 1,5 – 2,0 %, aber es gibt immerhin ein Wachstum, einen Silberstreif am Horizont. Ägypten müsste allerdings nach der Meinung von Experten ein Wachstum von mehr als 6% haben, um den Arbeitsmarkt zu entlasten und Erfolge bei der Armutsbekämpfung zu erzielen.

Plünderungen und Zerstörungen führten zwar zur Verunsicherung der Bevölkerung und große Supermärkte waren in den ersten Tagen der Revolution ausverkauft, aber das befürchtete Chaos und Versorgungsengpässe blieben aus. Die Preise für Nahrungsmittel blieben weitestgehend stabil – abgesehen von saisonbedingten Preissteigerungen beim Gemüse. Die derzeitige Regierung hat zugesagt, dass es bei den Subventionen keine Abstriche geben wird. Große Teile der Bevölkerung sind auf subventionierte Grundnahrungsmittel, Medikamente, Benzin und öffentliches Transportwesen angewiesen.

Wie in Tunesien ist mit der Revolution und der zeitweisen Unsicherheit im Land die Tourismusbranche fast vollständig eingebrochen. 2010 lagen die Devisenerlöse durch den Tourismus bei 12 – 13 Mrd. US \$, neben dem Suezkanal einer der wichtigsten Einnahmefaktoren. Durch die privilegierte Situation Ägyptens als beliebtes Urlaubsland hofft man, dass sich die Tourismusbranche spätestens mit der Wintersaison 2011 / 2012 wieder erholen wird.

Das „System Mubarak“, stark verwurzelt in der ägyptischen Wirtschaft und dem Finanzwesen, ist mit der Verhaftung einiger Mogule und der Absetzung der Familie Mubarak in seinen inneren Strukturen noch nicht abgeschafft. Die über Jahrzehnte eingeübten Denk-, Verhaltens- und Handlungsweisen lassen sich durch eine Revolution der Jugend nicht einfach umstürzen. Im wirtschaftlichen Bereich kann eine Reform nur erreicht werden, wenn man konsequent Korruption, Klientelwirtschaft und Nepotismus bekämpft. Es müssen straffere Linien zwischen Politik und Wirtschaft gezogen werden.

Ägypten ist ein Schwellenland und gleichzeitig das größte und bedeutendste Land für ausländische Investoren in der arabischen Welt. Sollten sich die politischen Verhältnisse stabilisieren und die angekündigten Reformen nachhaltig umgesetzt werden, dann wird Ägypten bald wieder an Bedeutung gewinnen, wie dies schon im vergangenen Jahr von der OECD prognostiziert wurde. Doch Ägypten kann diese Aufgabe nicht allein bewältigen, es braucht zur Stabilisierung seiner Wirtschaft die internationale Gemeinschaft, insbesondere

beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und dem Aufbau einer nachhaltigen beruflichen Aus- und Fortbildung.

Im Rahmen eines „10-Punkte-Aktionsplans-Nordafrika“ unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Region. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat Sonderprogramme zu einer Wirtschaftsförderung aufgelegt.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: WOLFGANG MAYER, AUSLANDSMITARBEITER ÄGYPTEN
 REDAKTION: SINA WERNER, REFERAT AFRIKA
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 03.04.2011